



## Bürgerbewegung pro NRW im Rat der Stadt Leverkusen

pro NRW - Postfach 30 08 65 - 51337 Leverkusen

Stadt Leverkusen  
Herr Oberbürgermeister  
Reinhard Buchhorn

Friedrich-Ebert-Str. 1

51371 Leverkusen

Susanne Kutzner

☎ 02171 / 39 49 639

📠 02171 / 39 58 711

18. Oktober 2013

Per Email an [1@stadt.leverkusen.de](mailto:1@stadt.leverkusen.de)

[info@pro-nrw.net](mailto:info@pro-nrw.net)

### **An den Oberbürgermeister der Stadt Leverkusen, Büro des Rates**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktion Pro NRW verlangt hiermit die unverzügliche Einberufung des Rates der Stadt Leverkusen zu einer Ratssondersitzung gemäß § 47 Abs. 1 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen.

Gegenstand der Beratung soll der nachfolgende Antrag der Fraktion Pro NRW sein:

**„Asylgipfel für Leverkusen: Stadtverwaltung und Kommunalpolitik müssen endlich adäquat reagieren auf die Zunahme der Asylbewerberzahlen in der Region“.**

Der Stadtrat möge beschließen:

**Der Rat der Stadt Leverkusen beauftragt die Verwaltung, ein belastbares Konzept für die Unterbringung von signifikant mehr Asylbewerbern zu erarbeiten. Insbesondere müssen die bislang geltenden Leitlinien zur Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen aufgehoben und der veränderten Realität angepasst werden.**

Begründung:

Nach dem Konzept kommen in Flüchtlinge in Leverkusen vorerst in die zentrale Unterbringung und können, wenn sie das möchten, in eine Privatwohnung umziehen. Organisiert und gestützt wird das Projekt von der Caritas und dem Flüchtlingsrat in Leverkusen und von der Stadtverwaltung. In Anbetracht der steigenden Zahl von Asylbewerbern sowie dem sich abzeichnenden weiteren Zuzug von so genannten Armutsflüchtlings nach Leverkusen müssen die bisherigen Leitlinien zur Unterbringung von Asylbewerbern der veränderten Realität angepasst werden.

Dies bedeutet:

- kostengünstige Sammelunterkünfte – gerne auch in Stadtrandlage;
- Priorisierung von Sachleistungen statt von Geldleistungen an Asylbewerber, vor allen in den ersten Monaten;
- zügige Prüfung der Asylprüfverfahren durch die städtischen Ausländerbehörden und Eindämmung der völlig ausgeuferten Duldungspraxis bei abgelehnten Asylbewerbern;
- schlussendlich auch zügige Abschiebungen rechtskräftig abgelehnter Asylbewerber ohne Duldungsstatus!

Mit freundlichen Grüßen

Susanne Kutzner

-Fraktionsgeschäftsführerin-



Markus Beisicht

-Vorsitzender-



